

Die nachfolgenden Informationen geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben.

<b>1. Bezeichnung der Datenverarbeitung</b>	<b>Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII)</b>
<b>2. Verantwortliche/r für die Verarbeitung</b>	Stadt Warendorf Der Bürgermeister Amt 50 – Soziales und Wohnen Lange Kesselstraße 4-6 48231 Warendorf Tel. 02581-54 1500 E-Mail <a href="mailto:amt50sozialesundwohnen@warendorf.de">amt50sozialesundwohnen@warendorf.de</a>
<b>3. Datenschutzbeauftragte/r</b>	Stadt Warendorf Behördlicher Datenschutzbeauftragter Lange Kesselstraße 4-6 48231 Warendorf 02581 / 54-1101/02581/541512 <a href="mailto:datenschutz@warendorf.de">datenschutz@warendorf.de</a>
<b>4. Zwecke der Datenverarbeitung</b>	Die erhobenen Daten werden zur Prüfung Ihres Anspruches, zur Bearbeitung laufenden Hilfeangelegenheiten und Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII (u. a. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Überbrückungsleistungen) verwendet. Ferner können die Daten im Rahmen der Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden verwendet werden.
<b>5. Rechtsgrundlage</b>	Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt) i. V. m. §§ 67 ff Zehntes Sozialgesetzbuch (SGB X) und § 35 Erstes Sozialgesetzbuch (SGB I) i. V. m. dem SGB XII
<b>6. Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten</b>	Sozialdaten dürfen an die in § 35 SGB I genannten Stellen übermittelt werden, wenn sie Aufgaben nach diesem Gesetz wahrnehmen und die Übermittlung zur Erfüllung der Zwecke erforderlich ist. Die Grundsätze zur Übermittlung regeln die §§ 67d – 77 SGB X. Ein regelmäßiger Datenabgleich erfolgt gemäß § 118 SGB XII mit den darin genannten Stellen (z. B. Arbeitsagentur, Unfallversicherung, Rentenversicherung). Zur Beurteilung der Auswirkungen des SGB XII und seiner Fortentwicklung wird nach den §§ 121 ff SGB XII eine Bundesstatistik über Leistungen der Sozialhilfe geführt, wobei anonymisiert die zu meldenden Erhebungsmerkmale übermittelt werden. Darüber hinaus können zur Erfüllung der gesetzlichen Mitteilungspflichten Ihre personenbezogenen Daten an weitere Emp-

	fänger übermittelt werden (z. B. Sozialversicherungsträger, Strafverfolgungsbehörden, Gerichte).
<b>7. Dauer der Speicherung</b>	Die Daten werden nach § 67c SGB X gespeichert, solange sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind. Dies sind in der Regel 10 Jahre nach Beendigung des Leistungsfalls. Bestehen noch andere offene Forderungen (z. B. Rückforderungen, Erstattungsanträge, Darlehen) werden die Daten nach Ablauf der entsprechenden gesetzlichen Verjährungsfristen (i. d. R. 30 Jahre) gelöscht.
<p><b>8. Rechte der betroffenen Person</b> Nach der DSGVO haben Sie als betroffene Person insbesondere das Recht auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.</li> <li>-Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten, nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.</li> <li>-Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO.</li> <li>-Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO</li> <li>-Im Zusammenhang mit der Vorgangsbearbeitung besteht kein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.</li> <li>-Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO</li> </ul> <p>Diese Rechte können nach Art. 23 DSGVO beschränkt werden. Bundes- und Landesgesetzgeber haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Rechte der betroffenen Person zu beschränken. Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Warendorf, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.</p> <p>Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:</p> <p>Wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig verarbeitet werden, können Sie sich mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde für die Stadt Warendorf wenden::</p> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf (Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf), Tel. 0211/38424-0, Fax 0211/38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>	

<p><b>9. Pflicht zur Bereitstellung von Daten/Erhebung bei Dritten</b></p>	<p>Nach § 60 SGB I besteht für die antragstellende Person die Pflicht, Daten zur Verfügung zu stellen, sofern sie für die Leistung erheblich sind. In der Regel haben Sie die Angaben im Leistungsantrag mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Veränderungen sind unverzüglich mitzuteilen.</p> <p>Sofern Sie nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhaltes mitwirken, kann eine Datenerhebung bei anderen Stellen (z. B. Dritten, die ebenfalls Leistungen erbringen - § 117 SGB XII oder Finanzämter - § 21 Abs. 4 SGB X) erfolgen.</p> <p>Werden die Daten nicht zur Verfügung gestellt, kann die Leistung versagt oder entzogen werden.</p>
<p><b>10. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden</b></p>	<p>Stammdaten / Kontaktdaten (z. B. Adresse, Geburtsdatum, Bankverbindung, Rentennummer)</p> <p>Daten zur Leistungsgewährung (z. B. Angaben zum Einkommen und Vermögen, Unterkunftskosten)</p> <p>Gesundheitsdaten (z. B. Arztberichte, MDK-Gutachten)</p>